

**HESSISCHER LANDTAG****Änderungsantrag**21.01.2021
HHA**Fraktion DIE LINKE**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 20/4214 zu Drucksache 20/3978

Inhalt des Antrags: **Gesundheitsversorgung für Menschen ohne Krankenversicherung gewährleisten**

Einzelplan **08** Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 08 06 Freiwillige Transferleistungen
Buchungskreis: 2795

Förderproduktnummer 66 neu
lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan Gesundheitsversorgung für Menschen ohne Krankenversicherung gewährleisten

Veränderung

von um auf

Leistungsplan:

	Beträge in 1.000 EUR		
	von	um	auf
Gesamtkosten	0,0	+6.800,0	6.800,0
Produktabgeltung	0,0	+6.800,0	6.800,0

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Der deutsche Staat ist aus Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG (Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit), Art. 1 Abs. 1 GG (Schutz der Menschenwürde) sowie Art. 20 Abs. 1 GG (Sozialstaatsprinzip) verpflichtet, ein funktionsfähiges Gesundheitssystem zu errichten. Die Verpflichtung des Staates, den Zugang zu einer medizinischen Versorgung auch sozialen Gruppen in besonders prekären Lebenslagen zu gewährleisten, folgt aus Art. 11 (Recht auf Schutz der Gesundheit) in der Europäischen Sozialcharta. Zudem ist der 1976 in Kraft getretene UN-Sozialpakt in Deutschland unmittelbar geltendes Recht.

Seit dem 01.01.2009 besteht in Deutschland eine allgemeine Versicherungspflicht in einer Krankenversicherung. Dennoch verfügen hunderttausende Menschen in Deutschland über keinen oder einen nur sehr eingeschränkten Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen. Die Gruppe von Menschen in Deutschland, die nicht krankenversichert ist, ist vielfältig. Hierunter fallen u.a. Wohnungs- und Obdachlose, die keine Sozialleistungen beziehen, Menschen aus EU-Ländern, welche keine Krankenversicherung mitbringen, Menschen, die krankenversichert in Armut geraten, Selbstständige ohne ausreichenden Krankenversicherungsschutz und auch Menschen ohne Papiere.

Zur Verbesserung der beschriebenen Situation werden Clearingstellen errichtet und ein staatlicher Behandlungsfonds geschaffen. In Hessen wird je Kreis/kreisfreie Stadt eine Clearingstelle eingerichtet. Diese sollen in erster Linie versuchen, Menschen ohne Krankenversicherungsschutz (wieder) in das Regelsystem zu integrieren. Die Clearingstellen werden in der Regel bei karitativen Einrichtungen, die bereits mit betroffenen Personengruppen arbeiten, angesiedelt und mit einem Vollzeitäquivalent (VZÄ) und Sachmitteln vom Land bezahlt. Neben dem Clearing unterstützen die kommunalen Clearingstellen bei der Vermittlung an Ärztinnen und Ärzte und vernetzen Akteurinnen und Akteure vor Ort. Sie bewilligen in begrenzten Rahmen Behandlungskosten bei Unversicherten, etwa bei der Übermittlung an Fachärztinnen und -ärzte.

Zur Koordinierung und Beratung der kommunalen Clearingstellen und zur Verwaltung des staatlichen Behandlungsfonds wird eine Landesclearingstelle etabliert.

Der von der Landesclearingstelle verwaltete Behandlungsfonds wird mit einem Budget von zunächst fünf Millionen Euro pro Jahr vom Land Hessen versehen. Er kann prinzipiell für alle medizinisch notwendigen Leistungen von Menschen ohne (ausreichenden) Krankenversicherungsschutz genutzt werden (stationäre und ambulante Versorgung, psychotherapeutische Angebote, Medikamente, Hilfsmittel, Heilmittel, Schwangerschaftsvorsorge) gemäß dem Leistungskatalog §§ 2-2b SGB V.

Neben der Verwaltung und Mittelbewilligung ist es eine zentrale Aufgabe der Landesclearingstelle, bereits bewilligte Mittel möglichst umfassend für den Fonds zurückzugewinnen, indem mit Krankenkassen oder Sozialämtern Kostenübernahmen erzielt werden. Hierzu soll die Landesclearingstelle eng mit den Kliniken und niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten kooperieren.

Dem Landeshaushalt entstehen hierdurch zusätzliche Kosten in Höhe von ca. 6,8 Millionen Euro. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

Landesclearingstelle (5 VZÄ plus Sachmittel): ca. 300.000 Euro

Kommunale Clearingstellen (26 VZÄ plus Sachmittel): ca. 1,5 Mio. Euro

Behandlungsfonds: 5 Mio. Euro

Wiesbaden, 21.01.21

Für die Fraktion

DIE LINKE

Die Fraktionsvorsitzende:

Janine Wissler